Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Freitag, 25. April 2025 | Nr. 17 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Nach den Wahlen ist vor den Wahlen
von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Wirtschaftsmotor neu zum Laufen bringen
von René Isler
Seite 3

Aktuell
Erfolgreiches Podium zur Steuerreform 17 in Winterthur
Seite 4

Parlamentsgemeinden
SVP Dübendorf nominiert Kandidaten für den Stadtrat
Seite 6

Veranstaltungstipps
Vier Podien zur STAF mit SVP-Vertretern
Seiten 4, 7 und 8

NEIN ZUR 10-MILLIONEN-SCHWEIZ

Endlich die Zuwanderung steuern!

Gemäss dem Bundesamt für Statistik soll die schweizerische Wohnbevölkerung – je nach Szenario – schon 2035 bis 2040 die 10-Millionen-Grenze überschreiten. Eine Änderung der Einwanderungspolitik ist zwingend und dringend und das möglichst rasch.

Hauptgrund für das rasante Bevölkerungswachstum ist die Personenfreizügigkeit, die mit dem EU-Unterwerfungsvertrag sogar noch weiter ausgebaut werden soll. Bild: Adobe Stock

Das Bundesamt für Statistik bestätigt mit seinen Berechnungen die Befürchtungen der SVP. Nachdem letztes Jahr die 9-Millionen-Grenze überschritten wurde, geht die Zuwanderung auch ohne Sonderfaktoren weiter. Im Referenzszenario, das von einer abnehmenden Zuwanderung ausgeht, soll bereits 2040 die schweizerische Wohnbevölkerung zehn Millionen betragen. In einer Variante mit unveränderter Zuwanderung könnten die zehn Millionen bereits 2035 überschritten werden. In Anbetracht der wirtschaftlichen Schwäche in unseren Nachbarländern, den weltweit zunehmenden Unsicherheiten einerseits und den stabilen Verhältnissen in der Schweiz andererseits scheint ein solches Szenario wahrscheinlicher. Aufnahme in die Statistik finden Personen, die ihren ständigen Wohnsitz seit mehr als einem Jahr in der Schweiz haben. Die effektive Zahl dürfte also noch höher sein. Die Zunahme ist nur eine Folge der Migration. Der Ausländeranteil soll – trotz steigenden Einbürgerungszahlen – von gut 27 auf über 30 Prozent steigen.

Überlastete Infrastrukturen, explodierende Kosten

Die hohe Migration ist täglich spürbar: übervolle öffentliche Verkehrsmittel, tägliche Staus auf Strassen und Autobahnen, kaum noch verfügbarer Wohnraum, steigende Mieten, explodierende Baulandkosten, Lohndruck, Probleme in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Spitälern usw. Die Sicherheit ist durch die importierte Gewalt, insbesondere für Frauen und Kinder, nicht mehr jederzeit gewährleistet. Unsere Gefängnisse sind zu mehr als der Hälfte mit ausländischen Staatsangehörigen überfüllt. Damit nicht genug, dazu kommen die explodierenden Kosten für Sicherheit, Schulen, Integration, Gesundheitswesen usw.

Die Migration zum Arbeitsmarkt bringt keine Entlastung. Das BIP steigt nur noch als Ganzes, aber nicht mehr pro Kopf der Bevölkerung. Verkürzt zusammengefasst: Die Migration bringt für Schweizerinnen und Schweizer zunehmende Belastungen im Alltag, aber keine finanziellen Vorteile. Die Zuwanderung vergrössert zudem den Fachkräftemangel, weil mit dem Familiennachzug mehr Leute kommen, die nicht arbeiten, als solche, die bei uns arbeiten. Es braucht mehr Arbeitskräfte auf dem Bau, in den Schulen, im Gesundheitswesen, im Sicherheitsbereich, im ÖV usw. Diese Negativspirale muss gesprengt werden.

Bedarfsgerechte Einwanderung, keine doppelte Staatsbürgerschaft, Asylstopp

Handlungsbedarf ist dringend! Beginnen wir bei der Personenfreizügigkeit mit der EU. Klar ist, dass das neue Rahmenabkommen die Situation nochmals verschlechtert – es muss abgelehnt werden. Die Schweiz hat dank der stabilen wirtschaftlichen und politischen Situation völlig andere Voraussetzungen. Während in einigen EU-Ländern die Bevölkerungszahlen sinken, steht die Schweiz mit einer Zuwanderung von 1,7% mit Abstand an der europäischen Spitze. Die Sogwirkung ist ungebrochen. Die Schweiz ist ein Einwanderungsland! Wir müssen die Zuwanderung aus der EU steuern können.

Als klassisches Einwanderungsland hat beispielsweise Kanada ein Punktesystem für die Migration. Punkte für Einwanderungswillige werden nach Kriterien verteilt wie: Sprechen einer Landessprache, Alter (Jüngere werden bevorzugt), Bildungsniveau aufgrund anerkannter Abschlüsse, Berufserfahrung im In- und Ausland, keine Straftaten, finanziell unabhängig, vorhandene Stellenangebote, Anpassungsfähigkeit aufgrund gehabter Kontakte mit Kanada. Dieses Punktesystem ist transparent, bedarfsorientiert und enthält integrationsfördernde Elemente. Nur wer genügend Punkte erreicht, erhält eine Einwanderungsbewilligung. Das kanadische Punktesystem könnte auch ein Lösungsansatz für die Schweiz sein, weil nicht die Freizügigkeit, sondern der Bedarf und die Person im Vordergrund stehen.

Nirgends ist die Staatsbürgerschaft mit so vielen Rechten verbunden wie bei uns. Es muss geprüft werden, wie die doppelte Staatsbürgerschaft abgeschafft oder angepasst werden kann. Die Einbürgerungen haben mit der doppelten Staatsbürgerschaft massiv zugenommen. Wir müssen inskünftig ein klareres Bekenntnis zu unserem Land einfordern.

Schliesslich zum Asyl: Ein Recht auf Asyl hat, wer an Leib und Leben bedroht ist. Schengen/Dublin als Schönwetterkonzept hat sich nicht bewährt. Wer keine echten Asylgründe hat, muss an der Schweizer Grenze abgewiesen werden. Punkt.

Ueli Maurer
Alt Bundesrat SVP
Bauma

Christoph Mörgeli

Der Irrweg des Freisinns

In Martigny im Wallis kam die FDP bei den Nationalratswahlen 2019 auf 32,3 Prozent. Im neunköpfigen Stadtrat sitzen fünf Freisinnige, im Stadtparlament sind die Hälfte freisinnig. Aus dieser FDP-Hochburg stammt Alt Bundesrat Pascal Couchepin. Er nimmt der SVP seit je übel, dass sie die FDP schweizweit zu einer 14,3-Prozent-Partei zusammengestaucht hat. Doch schuld an dieser Entwicklung ist nicht die SVP. Schuld ist allein die FDP.

Martigny war früher fast überall. Heute muss sich die einst so mächtige FDP im Kriechgang üben. Der Wählerverlust liegt in der Tatsache, dass die FDP die Schweiz aufgegeben hat. Sie traut sich selber, den Schweizer Bürgern und unserem Land nichts mehr zu. Dennoch titelt die Partei überaus selbstbewusst: «Der Freisinn regiert die Schweiz seit 1848». Umso erstaunlicher ist, dass die FDP mit ihrer Gründung fremdelt, diesem genialen Sonderfall des unabhängigen, neutralen Bundesstaates. Das spüren die Wähler seit Jahrzehnten. Sie laufen darum der FDP in Scharen davon. Auch in ihren Positionen ist die Partei unzuverlässig. «Petra Gössi bringt in der Energiepolitik die Kehrtwende», titelte die NZZ. «FDP-Chef Thierry Burkart will neue AKW», betitelte später die NZZ die neuerliche Kehrtwende. «Ich befürworte die integrative Schule», zitierte der «Blick» Christoph Eymann von der FDP-Fraktion im Parlament. «Die integrative Schule ist gescheitert», liess sich später FDP-Präsident Thierry Burkart im «Blick» zitieren.

Auch in der Schlüsselfrage der EU-Anbindung geniesst die FDP keinerlei Vertrauen. Die Wähler spüren, dass die Partei das umstrittene Thema bis zum Herbst bloss aussitzen statt anpacken will. Um dann im Oktober doch einzuknicken und sich dem Unterwerfungsvertrag zu beugen. Dennoch wird die freisinnige Hautevolee diesen Samstag wie üblich stolzgeschwellt und selbstgefällig an die NZZ-Generalversammlung wallen. Unbekümmert, dass alles, was dem freisinnigen Leib- und Magenblatt lieb und teuer sein müsste, den Bach runtergeht: die Unabhängigkeit des Landes, der Liberalismus, die FDP und sogar der Unternehmensgewinn.

POLITIK BASIEREND AUF EIGENINTERRESSE

Von der Macht zum Machtrausch?

De Gaulle hatte recht: Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen. Darum müssen die Politiker – auch in der Schweiz – in erster Linie dafür sorgen, dass ihre Bürger in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können. Wer unser Land dennoch an die EU und die NATO anbinden will, sollte sich hinterfragen, wessen Interessen er vertritt.

Hans Fehr
Alt Nationalrat SVP
Eglisau

Auch Donald Trump glaubt offensichtlich, im Interesse der US-Bürger zu handeln – obwohl es schwerfällt, hinter seiner sprunghaften, teils pubertär anmutenden Politik eine Strategie zu erkennen. Denn eine Strategie ist laut Lexikon «ein genauer Plan zur Erreichung eines Ziels, unter Berücksichtigung der Faktoren, die der Zielerreichung entgegenwirken können».

> *«Der Machtbesessene wird bald auf dem Boden der Realität landen.»*

Nur ein Dealmaker?

Er sei eben ein «Dealmaker», wird erklärt. Mag sein – aber bei einem «Deal» sollte zumindest ein brauchbares Ergebnis für beide Seiten herausschauen. Wenn der Präsident einer Weltmacht jedoch höhnisch ausruft «Die Länder rufen uns alle an – und küssen mir den Arsch: ‹Bitte, bitte Sir, machen Sie einen Deal mit uns!›», dann spricht da eher ein Machtbesessener, der sich als «Sieger» und die anderen als «Verlierer» sehen will. Ronald Reagan hätte nicht so gehandelt.

Die US-Demokratie ist stark

Natürlich muss die Schweiz verhandeln und ihre Trümpfe ausspielen. Aber ich bin überzeugt, dass der Machtbesessene bald auf dem Boden der Realität landen wird. Die Gesetze der Wirtschaft und den Druck der Finanzmärkte kann auch er nicht ungestraft missachten. Und die amerikanische Demokratie ist stark. Spätestens bei den nächsten Zwischenwahlen (Midterms) werden die US-Bürger abwägen, ob ihnen Trump etwas gebracht hat oder nicht.

Es ist alles andere als leicht, hinter Trumps Politik eine Strategie zu erkennen. Bild: Pexels

SVP AUF ERFOLGSKURS IN DEN KANTONEN

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Die SVP konnte in den Kantonen in den vergangenen Jahren seit Herbst 2023 markant zulegen. Insgesamt gewann man 31 Sitze; die Grünen verloren 20 und die FDP deren 11 Sitze.

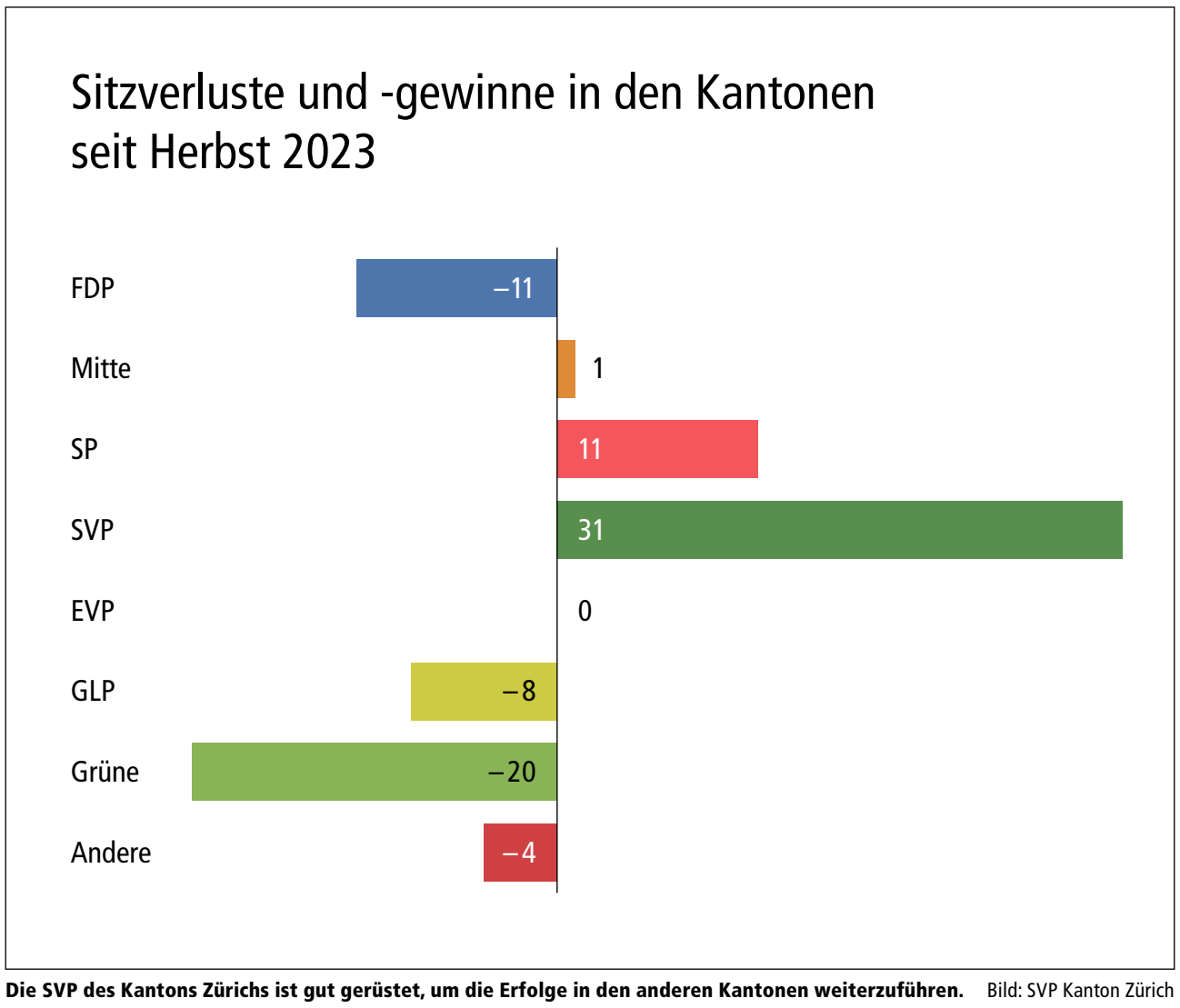
Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Die Wähleranteile sind der einzige zuverlässige Faktor, um die Erfolgschancen der Parteien richtig beurteilen zu können. Die Anteile sind seit 2023 markant: Aargau (+3,8%), Basel-Stadt (+2,3%), Schaffhausen (2,0%), Thurgau (0,2%), Uri (–1,0%), Schwyz (5,1%), St. Gallen (+4,6%), Wallis (+2,6%), Neuenburg (+3,4%) und Solothurn (+4,4%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die SVP beispielsweise in den Kantonen Aargau und Thurgau sowieso schon stark ist.

Zuwanderung und deren Folgen

Schaut man auf die Probleme, sieht man, dass die SVP überall und konsequent auf die richtigen Themen setzt. Die Zuwanderung bleibt masslos. Die SVP ist die einzige Partei, die das klar ausspricht. Es gibt eine alarmierende Zunahme bei der Kriminalität, immer höhere Mieten, immer mehr Staus und immer unsicherere Schulen. Nur die SVP hat gegen den nach wie vor schleichenden aber wahrhaften Islamismus agiert. All diese Themen haben sich in den vergangenen Monaten besonders in den Kantonen manifestiert.

Bei den nationalen Wahlen 2023 hatte die SVP neun Sitze zugelegt. Das allein ist zwar erfreulich, allerdings folgten ihr die anderen Parteien in der Asyl- und Ausländerpolitik nur wenig. Die FDP geht lieber unter, als dass sie die SVP in deren Kernanliegen unterstützt. Zusätzlich schwebt über allem das EU-Rahmenabkommen. Alle Parteien – ausser der SVP – scheinen die politische Brisanz und Auswirkungen auf unsere Schweiz nicht wahrzunehmen oder wahrnehmen zu wollen. Bis es dann einmal zu spät ist…



Die SVP des Kantons Zürichs ist gut gerüstet, um die Erfolge in den anderen Kantonen weiterzuführen. Bild: SVP Kanton Zürich

Wahlerfolge sind grosse Verpflichtung

Die SVP muss weiterhin hart für unsere Politik und unsere Lösungen arbeiten. Das macht man in den Kantonen mit gescheiten Vorstössen oder mit Referenden. Der SVP des Kantons Solothurn gelang dies gegen das kantonale Energiegesetz sehr erfolgreich. Die SVP des Kantons Zürich siegte im Referendum «Gratis-Studium für abgewiesene Asylanten»; das Volk lehnte die Änderung des Bildungsgesetzes klar ab.

Geradezu langweilig verlässlich

Diese graduellen Sacherfolge in den Kantonen zeigen, dass einem das Volk recht gibt, wenn man eine Vorlage gut erklären kann. Das ist harte Grundlagenarbeit an der Sache, aber die Parteimitglieder danken es einem. Mit der SVP weiss der Bürger, was er wählt: Eine Partei, die vor und nach den Wahlen das Gleiche verspricht und einhält. Damit ist man auf eine geradezu langweilige Art verlässlich.

Vernebelung des Alltäglichen durch Parteilose

Für die SVP des Kantons Zürich stehen die Gemeindewahlen 2026 schon vor der Tür. Hier müssen vor allem in den Gemeindeparlamenten die Wähleranteile noch besser werden. Die Bezirks- und Ortsparteien sind darauf bereits sensibilisiert. Ein Problem bei Gemeindewahlen sind immer auch die zahlreichen Parteilosen, die kandidieren. Sie verstecken ihre politischen Ziele hinter einer Wolke der Vernebelung des Alltäglichen.

Themen sind gesetzt

Die SVP des Kantons Zürich ist im Vorfeld der Gemeindewahlen gut gerüstet. Themen im Kernbereich der Partei kommen vor das kantonale Stimmvolk. Das Behördenreferendum gegen das kantonale Energiegesetz mit der unsäglichen Zielsetzung «Netto Null 2040» liegt vor. Zusammen mit der FDP bekämpft die SVP auch eine zusätzliche, unverhältnismässige Erhöhung der individuellen Prämienverbilligung (IPV). Zudem hat der Kantonsrat der Mobilitätsinitiative für ein leistungsfähiges Verkehrssystem, das die bewährte Hierarchie im Strassennetz respektiert, zugestimmt.

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Auf die richtigen Prioritäten kommt es an

Liebe SVP-Familie: Am 18. Mai 2025 stimmen wir bekanntlich über die Steuervorlage für Unternehmungen im Kanton Zürich ab. Der Kanton Zürich, wir wissen es, ist leider bezüglich der Unternehmenssteuern nicht mehr mit den anderen Kantonen konkurrenzfähig, sprich der einstige Wirtschaftsmotor der Schweiz ist in den letzten knapp zehn Jahren an die zweitletzte Stelle aller Kantone abgerutscht!

René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

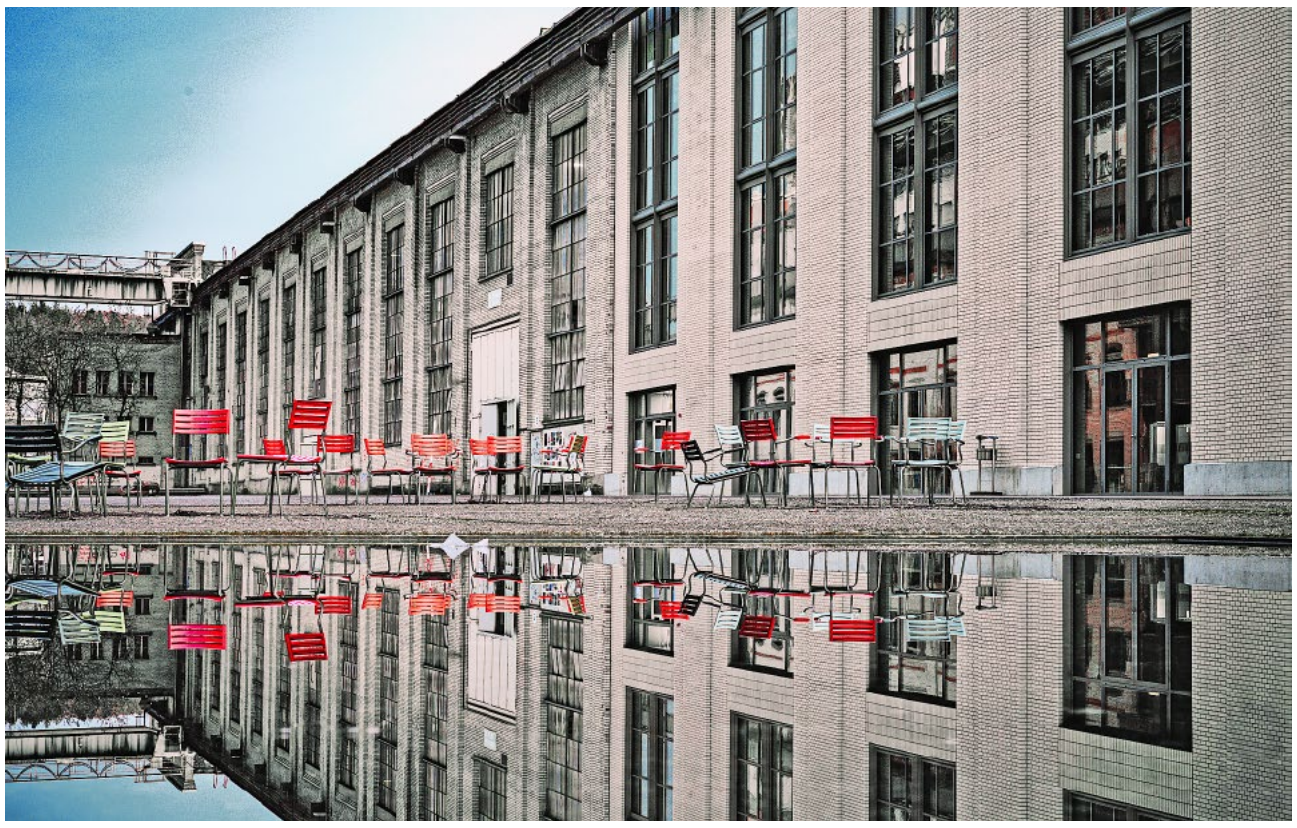
So kam es, dass der grösste Geldgeber des nationalen Finanzausgleichs über die letzten Jahre arg ins Hintertreffen geraten ist, da alle umliegenden Kantone die Unternehmenssteuern teils stark gesenkt haben. Wer diesbezüglich die Abstimmungsunterlagen konsultiert wird sehen, dass die moderate Senkung der Unternehmensbesteuerung im Kanton Zürich von 7% auf 6% sehr bescheiden ausfällt und somit alles andere als ein grosser Wurf ist.

Sie werden sich jetzt eventuell fragen, was das mit der linksgrünen Stadt Winterthur zu tun hat. Finanzpolitisch sehr viel, weil sämtliche Kantone um uns herum uns nicht nur mit viel tieferen Unternehmenssteuersätzen konkurrenzieren, sondern uns auch mit viel rascheren Bewilligungsverfahren zusehends das Wasser abgraben. So verwundert es nicht, dass auch der Werkplatz Winterthur in den letzten Jahren grosse und international tätige Unternehmen verloren hat und deshalb die Unternehmenssteuern in der Stadt Winterthur um rund 30% eingebrochen sind.

Ein attraktives Steuerklima, von dem alle profitieren

Die Mär, dass mit jeder Senkung der Unternehmensbesteuerung für die Allgemeinheit Steuerausfälle entstehen würden, ist schlicht falsch und entspricht nicht der Realität. In jedem Kanton, in dem die Unternehmensbesteuerung gesenkt worden ist, sind sehr rasch die Steuererträge gestiegen, weil Unternehmen nachweislich mehr investiert haben und gleichzeitig kein Kapital mehr an ausserkantonale Standorte abgeflossen ist. Man darf diesbezüglich auch ganz aktuell den Kanton Schaffhausen beiziehen, welcher letztes Jahr – aufgrund abermals gesenkter Unternehmenssteuern – finanziell einen Rekordgewinn eingefahren hat.

Wenn wir also nicht noch mehr Firmen mit guten und qualitativ hochstehenden Arbeitsplätzen und Lehrstellen an umliegende Kantone verlieren wollen, kann es nur ein JA zum Steuergesetz bzw. der Änderung vom 4. November 2024 zur Steuervorlage 17 geben. Die Unternehmen und KMU im Kanton Zürich und in der Stadt Winterthur werden es Ihnen danken.



Winterthur: Die einst stolze Industriestadt ist heute von der harten Konkurrenz besonders stark betroffen. Bild: Adobe Stock

KOMMENTAR ZUR KANTONSPOLITIK

Weniger Bürokratie, mehr Vertrauen

Karl Heinz Meyer
Kantonsrat SVP
Neerach

Das weltweite Beben, welches die Zollpolitik von U.S.-Präsident Trump ausgelöst hat, zeigt uns einmal mehr, dass eine unabhängige Politik zu allen Machtblöcken vonnöten ist. Gestern Russland, heute die USA und wer wird morgen am Pranger stehen? Der Schaden, den die Sanktionspolitik gegenüber dem Aggressor Russland in Europa gebracht hat, ist immens, sind doch die Energiepreise insbesondere in Deutschland auf ein Rekordniveau gestiegen. Der Schaden für die produzierende Industrie ist so gross wie noch nie in der Vergangenheit. Die Schlüsselindustrien stehen vor existenziellen Nöten (siehe auch die Stahlindustrie bei uns). Die Abwanderung von Tausenden von Arbeitsplätzen ist in vollem Gange. Auch die Schweiz und der Kanton Zürich können sich diesen Entwicklungen nicht entziehen. Was ist zu tun?

Die Schweiz muss unabhängig und neutral bleiben. Und zwar darf sie nicht eine Scheinneutralität leben, die sich gerade dem Zeitgeist anpasst. Wir müssen wieder auf die alten Stärken der Schweizernation setzen: gute Beziehungen mit allen Ländern. Es muss uns wieder bewusst werden, dass Auslandpolitik immer durch Interessen geleitet ist und nicht durch Gutmenschentum, wie uns oft weissgesagt wird. Wir sehen dies auch heute bei Trump: Diejenigen, welche mit einer klaren Haltung und selbstbewusst auftreten, ohne dass das Gegenüber verunglimpft wird, werden als Verhandlungspartner akzeptiert und ernst genommen.

Was kann der Kanton Zürich dazu beitragen? Die Aussenpolitik ist Sache des Bundes, auch wenn gewisse Kreise nach Trumps Zollankündigungen im Kanton Zürich durch unnötigen Aktivismus aufgefallen sind. Und die Entwicklung zeigt, dass die Suppe nicht so heiss gegessen wird, wie sie gekocht wurde.

Der Regierungsrat des Kantons Zürich ist in der Vergangenheit mehr als Einzelkämpfer aufgetreten. Man hatte den Eindruck, dass jeder seine Pfründe verteidigt, statt das Gesamtwohl im Fokus zu haben. Das Gremium sollte wieder den Mut finden, zukunftsfähige Visionen zu formulieren und zu vermitteln, die auch von der Bevölkerung verstanden werden.

Wir müssen den Kanton Zürich wieder fit für die Zukunft und krisensicher machen. Die Verwaltung muss sich als einen Dienstleister für unsere Bürger und die Wirtschaft sehen. Die Bürokratie muss zurückgebunden werden. Der Staat muss dem Bürger und der Wirtschaft wieder mehr Vertrauen schenken. Kontrollen müssen auf ein Minimum beschränkt werden. Wird das Vertrauen missbraucht, so müssen die Strafen entsprechend sein. Mit einer Misstrauenskultur gegenüber dem Bürger schürt man, wenn auch oft ungewollt, Unverständnis und Unmut gegenüber der Verwaltung. Was für ein Unterschied bei den Asylverfahren! Was wäre, wenn man bei Ländern wie z.B. jenen in Nordafrika, wo die Anerkennungsquote praktisch null ist, das Verfahren von vornherein auf Nicht-Anerkennung beschliessen würde? So hat doch auch jeder Schweizer das Recht davon auszugehen, dass die Verwaltung davon ausgehen muss, dass seine Steuererklärung, sein Baugesuch, die Tätigkeit des Gewerbler – sei es der Elektriker, der Sanitär, der Bauunternehmer oder der Restaurantbetreiber – alles seine Richtigkeit hat und nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet wird und wurde.

Mit der Entbürokratisierung schaffen wir wieder Freiraum für Innovation und Fortschritt. Wir dürfen nicht noch weiter in sowjetische Verhältnisse gehen. Das Resultat daraus können alle, die es nicht mehr erlebt haben, in der Geschichte nachlesen. Daher muss auch die Steuerreform am 18. Mai angenommen werden, auch wenn dies für viele Unternehmen im Moment nicht mehr als erste Priorität steht. Aber es ist ein wichtiger Schritt, dass der Kanton Zürich als zweitschlechtester Kanton – nur der Kanton Bern ist noch hinter uns – wieder Richtung Mittelfeld kommt. Was dabei erschreckend ist: Eigentlich ist der Kanton Zürich nicht schlechter geworden, aber alle anderen haben sich deutlich verbessert. Lassen wir den Kanon Zürich auch wieder besser werden!

Und dies nicht mit neuen Gesetzen, Steuern und Abgaben, sondern durch mehr Vertrauen in unsere Bürger und Unternehmen. Denn es sind diese, die einen Grossteil der Kantonsfinanzen für die Allgemeinheit erbringen!

Mit der Entbürokratisierung schaffen wir wieder mehr Freiraum für Innovation und Forschritt im Kanton Zürich. Bild: Pixabay

WORTE DES REDAKTORS

Zwangs-KZ-Besuche? Nein zu staatlich verordneter Umerziehung!

Wieder einmal überbieten sich Jungpolitiker mit moralisch aufgeladenen Forderungen. Diesmal geht es um obligatorische Besuche von Konzentrationslagern für Schweizer Schülerinnen und Schüler. Der Vorschlag des Präsidenten der Jungen Mitte Schweiz, Marc Rüdisüli, klingt im ersten Moment vielleicht sinnvoll – doch bei genauerem Hinsehen offenbart sich eine gefährliche Tendenz: die Instrumentalisierung der Schule zur ideologischen Umerziehung.

Emotionale Überforderung statt echte Bildung

Konzentrationslager wie Auschwitz oder Dachau sind Orte des Grauens. Jugendliche mit solchen Bildern zwangsweise zu konfrontieren, ist pädagogisch hochproblematisch. Wer glaubt, man könne durch Zwang Empathie erzeugen, verkennt die Wirklichkeit; emotionale Überforderung, Abwehrhaltungen und Gleichgültigkeit sind die wahrscheinlicheren Reaktionen. Bildung braucht Freiwilligkeit, nicht Zwang und Schuldgefühle.

Pilgerreise zum Papst?

Es ist zudem höchst fragwürdig, warum gerade der Holocaust als einzig verbindliche Erinnerungskultur herausgegriffen wird. Wenn man schon mit Schulklassen an Orte menschlicher Grausamkeit reisen will, warum nicht auch nach Dresden, wo Tausende Zivilisten durch alliierte Bombenangriffe starben, oder nach Hiroshima, wo eine Atombombe Hunderttausende in den Tod riss? Weshalb nicht nach Vietnam, wo im Namen der Demokratie ganze Dörfer ausgelöscht und Napalm über Zivilisten abgeworfen wurde? Oder in den Gazastreifen, wo bis heute Zehntausende Kinder und unzählige weitere Unschuldige durch Raketenbeschüsse und Bombardierungen getötet werden?

Wenn wir anfangen, heutige Formen der religiösen Verfolgung ernsthaft zu thematisieren, weshalb nicht auch die systematische Verfolgung von Christen in vielen Teilen der Welt? Dann müssten wir logischerweise ebenso nach Rom oder in den Vatikan pilgern – als Orte des christlichen Ursprungs, aber auch als Symbole einer Religion, deren Anhänger bis heute diskriminiert, verfolgt, inhaftiert und ermordet werden. Gemäss dem Weltverfolgungsindex sind mehr als 380 Millionen Christen in 78 Ländern wegen ihres Glaubens intensiver Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Wo bleibt da der schulische Pflichtbesuch?

Schule ist kein Ort für Schuldkult

Unsere Jugend braucht keine Zwangsausflüge in die Vergangenheit, sondern eine fundierte, neutrale Geschichtsvermittlung, die alle Seiten beleuchtet – auch die dunklen Kapitel der Sieger. Vor allem aber brauchen junge Menschen ein gesundes Selbstbewusstsein, keine Indoktrination und keinen künstlich erzeugten Schuldkult. Antisemitismus, Rassismus und Extremismus sind zu bekämpfen – aber mit Aufklärung, offenen Debatten, der Förderung von Eigenverantwortung und gesundem Menschenverstand; nicht mit moralisierendem Pflichtprogramm, das an autoritäre Erziehungsmodelle erinnert.

Was wir brauchen, ist eine Schule, die zur Freiheit erzieht – nicht zur staatlich verordneten Gewissensbildung. Gedenken ist wichtig, aber es muss freiwillig, selbstbestimmt und vielseitig sein. Wer die Jugend erziehen will, muss ihr zuerst vertrauen.

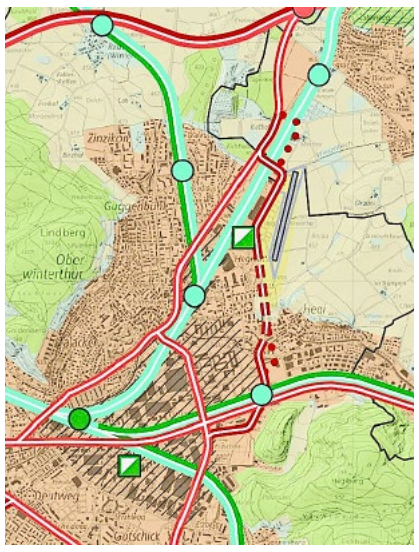
von Sean Burgess

MEDIENMITTEILUNG DER SVP WINTERTHUR

Eine verpasste Chance für Neuhegi-Grüze

Die SVP Winterthur bedauert, dass die Zentrumsschliessung Neuhegi-Grüze nicht weiterverfolgt wird. Damit wird eine wichtige Chance zur Verbesserung der verkehrlichen Erschliessung und zur Förderung des Gewerbestandorts verpasst – eine Chance, die so nicht kompensierbar sein wird.

Der Entscheid ist angesichts der voraussichtlichen Kosten einigermassen nachvollziehbar. Unverständlich ist aber, dass sowohl die städtische Bauvorsteherin als auch die kantonale Volkswirtschaftsdirektorin von einer jetzt nötigen «Gesamtschau» und vom «Ziel einer verbesserten Erreichbarkeit» reden, aber für die Arbeiten daran nicht einmal einen Zeitrahmen nennen. Verschwindet das von links bekämpfte Thema politisch opportun in der Schublade des Baudepartementes?



Mit dem Entscheid, die Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze nicht weiter zu verfolgen, wird eine grosse Chance verpasst.
Bild: Stadtrat Winterthur

Stadtparlamentarier Philipp Angele sagt dazu: «Es bleibt spannend, was der Kanton und die Stadt Winterthur nun als Mobilitätsvorschlag ausarbeiten. Aktuell ist das Gebiet Neuhegi-Grüze bei Investoren weiterhin unbeliebt – insbesondere, weil Gewerbeflächen aufgrund der schwierigen Verkehrserschliessung nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Zudem ist störend, dass die Stadtverwaltung erst jetzt mit den Arbeiten beginnen will. Das Verkehrschaos bleibt uns so noch lange erhalten!»

Die SVP fordert von Stadt und Kanton bald realistische Alternativen, die den Gewerbestandort stärken und der Bevölkerung vor Ort helfen. Die Erstellung von Wohn- und Gewerbebauten und die Ansiedlung von Arbeitsplätzen muss sich wieder lohnen.

Philipp Angele,
Stadtparlamentarier SVP

SVP PFUNGEN

Eine Ära geht zu Ende

Schon zum 31. Mal organisierte die SVP Pfungen am Ostersamstag das traditionelle «Eiertütschen». Zu diesem Anlass ist jeweils die ganze Bevölkerung von Pfungen eingeladen. Farbige Eier werden den Anwesenden gratis abgegeben. Auch weisse Eier sind vorhanden, die von den Kindern selbstständig bemalt werden können. Weiter geht es mit «Spitz auf Spitz» und «Gupf auf Gupf», bis der Sieger erkoren ist und das Ei gegessen werden kann.

Dieser beliebte Anlass ist im Terminkalender der Gemeinde Pfungen ein fester Bestandteil und nicht mehr wegzudenken. An diesem Anlass wurde der amtierende Präsident Walter Müller nach 32 Jahren gebührend verabschiedet.

Walter Müller hat sehr viel für das Dorf und die SVP geleistet. Er war zudem noch 12 Jahre Bezirkspräsident und acht Jahre im Kantonsrat. Auch sonst hat er sich im Dorf sehr engagiert, so als Vizepräsident am Kantonalturnfest 1993 in Pfungen. Im Jahre 2009 war er zudem noch Präsident des Organisationskomitees am Regionalturnfest in Pfungen.

Für seine Verdienste wurde ihm vom neuen Präsidenten Hansruedi Flach eine Treichel mit Widmung überreicht. Im Gegenzug erhielt der neue Präsident eine Uhr und Walter Müller wünschte ihm und der SVP Pfungen eine gute, erfolgreiche und interessante Zeit. Bei der Verabschiedung waren drei Gemeinderäte anwesend und Gemeinderat Willy Flach dankte Walter Müller für seinen Einsatz für die Gemeinde und überreichte ihm Wein aus Pfungen.

Die SVP Pfungen wünscht Walter Müller alles Gute auf seinem weiteren Lebensweg.

Vorstand SVP Pfungen

Der abtretende Präsident Walter Müller mit seinem Nachfolger Hansruedi Flach.
Bild: SVP Pfungen

HAW-ANLASS IM CASINO THEATER IN WINTERTHUR

Podium zur Steuerreform 17 in Winterthur

Am vergangenen Dienstag fand ein weiteres Podiumsgespräch zur STAF-2-Vorlage im Casino Theater in Winterthur statt. Neben Regierungsrat Ernst Stocker waren auch die Pro-Referenten Tobias Weidmann und Dieter Kläy klar in ihren Aussagen, weshalb es ein JA am 18. Mai braucht.

SVP. Die Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur (HAW) hat am Dienstag, 22. April, ins Casino Theater geladen, um den Interessierten die Pro- und Contra-Argumente für die Abstimmung vom 18. Mai 2025 darzulegen. Nach den Begrüssungsworten durch den Vizepräsidenten der HAW, Dominik Uhlmann, der bereits unmissverständlich für ein JA warb, übernahm Regierungsrat Ernst Stocker die Aufgabe, mit einem Inputreferat die nachfolgende Podiumsdiskussion einzuleiten. Finanzdirektor Stocker erklärte überaus klar und anschaulich, weshalb die Regierung des Kantons Zürich für eine Annahme des zweiten Schrittes der Steuervorlage einsteht. Es gilt, das Steuersubstrat im Kanton Zürich zu halten und mit diesem kleinen Reduktionsschritt den Abstand zu den anderen Kantonen, mit denen wir uns im Wettbewerb befinden, zu verringern.

v.l.n.r.: KR Dieter Kläy (FDP), KR und Fraktionspräsident Tobias Weidmann (SVP), Moderatorin Karin Landolt, KR Florian Heer (Grüne) und Stadtrat Kaspar Bopp (SP).
Bild: zVg

Klare Haltung des Publikums

Anschliessend an das Inputreferat kreuzten die Pro-Redner Tobias Weidmann und Dieter Kläy bzw. Florian Heer und Kaspar Bopp die Klingen und versuchten, die Anwesenden von Ja oder Nein zur Abstimmungsvorlage zu überzeugen. Das unternehmerfreundliche Publikum hatte sich schon bald eine Meinung gebildet und stellte in der offenen Fragerunde noch die eine oder andere kritische Frage an die beiden Nein-Vertreter von SP und Grüne.

Ein durchaus gelungener Anlass, der es verdient gehabt hätte, dass noch mehr Interessierte den Weg an diesem Dienstagabend ins Casino Theater gefunden hätten.

SVP SCHLIEREN

Generalversammlung mit Nationalrätin Barbara Steinemann

Sektionspräsident Gino Adda konnte an der diesjährigen Generalversammlung überraschend viele Besucherinnen und Besucher begrüssen. Die Traktanden der Generalversammlung versprachen keine grossen Diskussionen. So war es nicht verwunderlich, dass diese zügig abgehandelt werden konnten.

Viel mehr zu reden gab der Entscheid des Bezirksrates Dietikon über die Aufsichtsbeschwerde für die Nachhaltigkeitsstelle der Stadt Schlieren. Gemeinderat Thomas Grädel, einer der Beschwerdeführer, hat am gleichen Tag den schriftlichen Entscheid im Briefkasten vorgefunden. Wie bereits bekannt ist, hat sich der Bezirksrat gegen den Stadtrat entschieden. Die Nachhaltigkeitsstelle obliege der Kompetenz des Gemeindeparlamentes.

Referat zum Asyl-Chaos

Nach der Generalversammlung brachte Nationalrätin Barbara Steinemann den Interessierten das Asylwesen näher. Einige Zuhörer schluckten leer, als sie erfahren durften, wohin und für wen ihre Steuergelder verwendet werden. Es waren vor allem die Sozialdienstleistungen an die Asylsuchenden, die die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf sich zogen. Da werden Unmengen an Steuergeldern an Eingliederungskurse bezahlt, ohne dass Sinn und Zweck überprüft werden. In der anschliessenden Diskussion kam klar die Haltung auf: Die Stadt Schlieren trägt einen äusserst grossen Beitrag der Asylbelastung mit, in der Schule wie auch in den knappen Wohnunterkünften.

Der anschliessende Apéro half allen, das Gehörte besser zu verdauen.

Vorstand SVP Schlieren

Nationalrätin Barbara Steinemann beim Referat über die Abläufe des Asylverfahrens. Bild: SVP Schlieren

GENERALVERSAMMLUNG

SVP Dürnten

Dienstag 06. Mai 19:30 Uhr

Landgasthof Hasenstrick

Höhenstrasse 15

8635 Dürnten

Generalversammlung

Parolenfassung zur Gemeindeversammlung

Referat unseres Gastes

Alt Bundesrat

Ueli Maurer

Mein Zuhause – Unsere Schweiz

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Ein Anlass der Allianz für einen starken Standort Zürich

PODIUMSDISKUSSION ZUR STEUERVORLAGE 17

PRO-ARGUMENTATION
SVP-Kantonsrat: **Patrick Walder**
Co-Präsidentin der Mitte Kanton Zürich: **Michelle Halbheer**

STEUERVORLAGE JA 18. MAI

Patrick Walder

Michelle Halbheer

DATUM: Donnerstag, 08.05.2025, Podium ab 19.15 Uhr
ORT: OBERE MÜHLE, Oberdorfstrasse 15, 8600 Dübendorf

KONTRA-ARGUMENTATION
Grüne-Kantonsrätin: **Karin Fehr Thoma**
SP-Kantonsrätin: **Leandra Columberg**

Karin Fehr Thoma

Leandra Columberg

MODERATION: Ehemaliger Chefredaktor ZO Medien, **Christian Brändli**

«SERVICE-CITOYEN»-INITIATIVE

Angriff auf die Freiheit oder sinnvolle Reform?

Die «Service-Citoyen»-Initiative, offiziell als Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz» bekannt, wurde mit dem Ziel eingereicht, das bestehende Dienstpflichtsystem der Schweiz grundlegend zu reformieren. Sie sieht vor, dass alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger verpflichtet werden, einen Dienst zugunsten der Gesellschaft und der Umwelt zu leisten. Dies kann in Form des Militärdienstes, des Zivilschutzes oder einer gleichwertigen zivilen Tätigkeit geschehen.

SB. Die Initiative stellt das bisherige System der Wehrpflicht, das primär junge Männer betrifft, infrage und fordert eine allgemeine Dienstpflicht für alle. Dies bedeutet einen weitreichenden Eingriff in die persönliche Freiheit, eine Bedrohung für die Schweizer Milizarmee sowie eine bürokratische Belastung mit unabsehbaren finanziellen Folgen.

Eingriff in die persönliche Freiheit

Eines der zentralen Gegenargumente ist der massive Eingriff in die individuelle Freiheit. Staatliche Eingriffe sollten sich grundsätzlich auf das notwendige Minimum beschränken. Eine allgemeine Dienstpflicht würde jedoch das Gegenteil bewirken, indem der Staat über einen bedeutenden Teil der Lebenszeit seiner Bürgerinnen und Bürger verfügt. Dies wäre mit dem liberalen Geist der Schweiz kaum vereinbar.

Allerdings lässt sich argumentieren, dass die derzeitige Militärdienstpflicht diesem Einwand nicht zwingend widerspricht. Erstens besteht bereits heute die Möglichkeit, den Dienst in Form eines Zivildienstes oder Zivilschutzes zu leisten, sodass eine gewisse Wahlfreiheit erhalten bleibt. Zweitens ist die Wehrpflicht in der Schweiz seit jeher ein zentrales Element des Milizsystems und der kollektiven Sicherheitsvorsorge, was bedeutet, dass der Dienst nicht nur eine individuelle Verpflichtung, sondern auch ein gesamtgesellschaftlicher Beitrag ist. Darüber hinaus ist die aktuelle Wehrpflicht auf eine vergleichsweise kurze Dauer beschränkt und trifft nur einen Teil der Bevölkerung – Schweizer Männer – wodurch sie nicht mit einer allgemeinen Dienstpflicht für alle gleichzusetzen ist.

Zudem bietet die Militärdienstpflicht auch individuelle Vorteile, etwa in Form von Ausbildungsmöglichkeiten, Führungserfahrung und einem stärkeren Gemeinschaftsgefühl. Die existierenden Ausnahmen und Ersatzmöglichkeiten zeigen, dass der Staat bereits versucht, eine Balance zwischen individueller Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung zu finden.

Gefahr für die Schweizer Milizarmee

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt ist die potenzielle Schwächung der Schweizer Milizarmee. Das derzeitige System der Wehrpflicht stellt sicher, dass die Armee über ausreichend Personal verfügt, um ihren Verteidigungsauftrag zu erfüllen. Bereits jetzt leisten immer mehr Dienstpflichtige Schweizer lieber Zivildienst oder -schutz, statt sich der Armee zu verpflichten – der Bestand der Armee ist durch die sinkende Zahl der Wehrpflichtigen seit Jahren gefährdet. Gerade jetzt in Zeiten geopolitischer Unsicherheiten sowie zunehmender Konflikte und Kriege ist die Sicherung der Verteidigungsbereitschaft der Schweiz mit einer einsatzfähigen Armee mit genügend Personal essenziell. Die «Service-Citoyen»-Initiative würde es jedoch ermöglichen, den obligatorischen Dienst auch in zivilen Bereichen abzuleisten, was einen weiteren Rückgang der Rekrutenzahlen zur Folge hätte. Eine allgemeine Dienstpflicht, die den Armeedienst optional macht, würde somit langfristig dazu führen, dass die Landesverteidigung nicht mehr ausreichend gewährleistet ist.

Erhöhter bürokratischer Aufwand und Kostenexplosion

Die Umsetzung der Initiative würde weiter erhebliche administrative Herausforderungen mit sich bringen. Ein solch umfassendes System, das alle Bürgerinnen und Bürger erfasst, müsste geplant, verwaltet und überwacht werden. Dies würde zwangsläufig zu einer massiven Ausweitung der ohnehin schon aufgeblähten Bürokratie führen.

Die Kosten für eine flächendeckende Dienstpflicht wären erheblich: Es müssten neue Verwaltungsstrukturen geschaffen, zusätzliche Beamte eingestellt und neue Finanzierungsmodelle entwickelt werden. Hinzu käme, dass durch die Einführung eines solchen Systems zusätzliche staatliche Mittel in Sektoren gelenkt würden, die bisher in der Verantwortung von Freiwilligenorganisationen oder privatwirtschaftlichen Unternehmen lagen. Dies würde bestehende Strukturen schwächen und zusätzliche Abhängigkeiten vom Staat schaffen.

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und Wirtschaftsnachteile

Ebenso ist die potenzielle Belastung beziehungsweise Verzerrung des Arbeitsmarktes kritisch hervorzuheben. Unternehmen könnten Schwierigkeiten haben, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden, wenn junge Erwachsene durch den verpflichtenden Dienst für eine gewisse Zeit aus dem Erwerbsleben herausgenommen werden. Zudem besteht die Gefahr, dass der staatlich organisierte Bürgerdienst reguläre Arbeitsplätze in bestimmten Branchen verdrängt. Wenn beispielsweise soziale oder ökologische Tätigkeiten verpflichtend durch den Bürgerdienst abgedeckt werden, könnten private Unternehmen oder Organisationen in diesen Bereichen in Bedrängnis geraten. Durch eine solche Massnahme würde der Arbeitsmarkt langfristig geschädigt werden.

Zwangsabgabe als versteckte Steuer

Die Initiative sieht vor, dass Personen, die keinen Dienst leisten, eine finanzielle Abgabe entrichten müssen. Bereits heute müssen Männer, die keinen Militärdienst leisten, eine Wehrpflichtersatzabgabe entrichten. Eine solch versteckte Steuer würde eine noch viel breitere, insbesondere jüngere, Bevölkerungsschicht betreffen und somit eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung für viele Familien darstellen. Dies ist nicht nur ungerecht, sondern stellt auch eine weitere finanzielle Hürde dar, die den Berufseinstieg und den Aufbau einer Existenz erschwert.

Die «Service-Citoyen»-Initiative würde die Sicherung der Verteidigungsbereitschaft der Schweiz mit einer einsatzfähigen Armee mit genügend Personal gefährden. Bild: Adobe Stock

Gegenvorschlag der SP: 38-Stunden-Woche

Als Alternative zur «Service-Citoyen»-Initiative schlägt die Sozialdemokratische Partei (SP) eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf eine 38-Stunden-Woche vor. Die SP argumentiert, dass dadurch mehr Zeit für freiwilliges Engagement geschaffen würde, ohne eine verpflichtende Dienstpflicht einzuführen. Ein solcher Gegenvorschlag ist jedoch entschieden abzulehnen. Er steht sinnbildlich für einen direkten Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit und negative Auswirkungen auf die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen. Zudem wäre eine Arbeitszeitverkürzung mit steigenden Personalkosten verbunden, was langfristig zu höheren Preisen und möglichen Arbeitsplatzverlusten führen könnte. Eine freie Wahl der Arbeitszeit und des freiwilligen Engagements ist der beste Weg, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, anstatt durch staatliche Eingriffe Zwänge zu schaffen.

Bewährtes erhalten

Führt man sich die gemachten Kritikpunkte nochmals vor Augen, kommt man zum Schluss, dass die «Service-Citoyen»-Initiative einen direkten Angriff auf bewährte Schweizer Strukturen und Prinzipien darstellt: Sie würde nicht nur die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger massiv einschränken, sondern auch die Schweizer Milizarmee gefährden, die Bürokratie aufblähen, den Arbeitsmarkt verzerren und eine neue finanzielle Belastung für junge Menschen schaffen. Stattdessen sollte die bewährte Tradition des Milizsystems und der Eigenverantwortung beibehalten werden. Ein Nein zu dieser Volksinitiative bedeutet ein Ja für eine weiterhin freie, souveräne und wehrhafte Schweiz.

«WER SUCHET, DER FINDET!»

Welche Motive?

Viel wichtiger, als das, was die Politiker sagen, ist das Motiv ihres Handelns. Das gilt auch für die Zollpolitik des amerikanischen Präsidenten. Diese Zölle müssen jene zahlen, die schweizerische Exportprodukte kaufen; damit werden sie um 31 Prozent teurer. Trump gewährt eine Bedenkzeit von 90 Tagen, um über die definitive Lösung zu verhandeln. Seine Gegner glauben, er sei eingeknickt.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Möglich sind aber auch andere Motive. Trump spricht von Zöllen, meint aber Handelshemmnisse. Er will, dass die heutigen Importeure in den USA statt in anderen Ländern produzieren. Er wusste wohl schon am Anfang, dass dies Turbulenzen und Kursstürze auslöst.

Manches spricht für einen Plan. Die Wirtschaft bewegt sich – weltweit – in eine Rezession – auch ohne Zollmassnahmen! Wenn in den USA in knapp zwei Jahren – gerade während einer Rezession – Zwischenwahlen stattfinden, wäre dies für Trump schlecht. Denn es geht im Kongress um wenige Sitze. Da könnte der Präsident heute denken: «Ich will die Rezession lieber heute als morgen.» Er glaubt, dass es mit der Wirtschaft dann wieder bergauf gehen könnte. Die Zölle könnten also ein Mittel sein, um die Rezession vorzuschieben, auf dass es im richtigen Zeitpunkt wieder bergauf geht.

Es lohnt sich, Möglichkeiten der Motive zu ergründen und zu fragen, statt schnell zu antworten. Ich frage: Warum sind die Zoll-Pläne erst am 2. April statt beispielsweise am 30. März verkündet worden? Meine Vermutung: Man wollte nicht, dass die zu erwartenden Kursstürze vor Abschluss des ersten Quartals stattfinden. Denn die grossen Finanzkonzerne müssen eine Quartalsbilanz vorlegen, wobei Kursstürze diese massiv belastet und allenfalls Firmen gefährdet hätten. Möglicherweise steckte mehr Strategie dahinter, als man denkt. «Wer suchet, der findet!»

Die Zölle könnten ein Mittel sein, um die Rezession vorzuschieben, auf dass es im richtigen Zeitpunkt wieder bergauf geht. Bild: Pixabay

SVP UDC

Einladung zum Sommergrill im Schloss Laufen der SVP-Sektion Laufen-Uhwiesen
Freitag, 4. Juli 2025, ab 18:30 Uhr

Die SVP-Sektion Laufen-Uhwiesen lädt Mitglieder, deren Angehörige sowie alle Freunde - auch Nichtmitglieder - herzlich zu diesem Anlass ein.

Ort: Schloss Laufen beim Rheinfall, Dachsen ZH

18:30 -19:00 Uhr
Willkommens-Apéro (offeriert)
19:00 – 20:00 Uhr
Begrüssung durch Andi Widmer, Präsident Sektion Laufen-Uhwiesen
Rede Nationalrätin Nina Fehr
„Sessionen im Bundeshaus – was brennt"- anschliessend Fragerunde
20:00 – 22:00 Uhr
Kulinarischer Teil: Würste, Salate, Brot, Getränke etc. (Selbstkosten)

Bitte per Mail oder direkt bei Andi anmelden: info@widiart.ch
Wir freuen uns auf euch!

Grill-Event
Sektion Neftenbach

10. Mai, Samstag vor Muttertag
10:00 – 14:00 Uhr

Gemeindehausplatz Neftenbach

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Fadegrad

von
Tobias Infortuna

Sitzhasen und Stehhasen

Haben Sie an Ostern auch Sitzhasen und Stehhasen gegessen? Wie bitte, bei Ihnen gab es Osterhasen? Sind Sie sicher? Wenn Sie nämlich die Schokolade bei bekannten Grossverteilern gekauft haben, dachten Sie vermutlich, einen Osterhasen aus Schokolade in Ihren Einkaufswagen zu legen, doch in Tat und Wahrheit handelte es sich um einen Sitz- oder Stehhasen. So neuerdings heissen diese Artikel, zumindest offiziell. Die Ausreden einiger Lebensmittelläden waren schnell zur Stelle. Das sei nötig, um die Produkte voneinander zu unterscheiden und im Warensortiment kein Durcheinander entstehen zu lassen. Als ob «Stehhase, 100 g, Milchschokolade» eine bessere Unterscheidung zu «Stehhase, 200 g, Milchschokolade» sei als «Osterhase, 100 g, Milchschokolade» zu «Osterhase, 200 g, Milchschokolade». Die hätten schon immer Sitz- und Stehhasen geheissen, lautete eine weitere Erklärung. Natürlich! Wir alle erinnern uns doch, wie die Eltern früher jeweils am Ostersonntag sagten: «Los, Kinder, jetzt dürft ihr die Sitzhasen suchen.»

Interessant auch, dass andere Läden mit vergleichbar grossem Sortiment die Probleme mit der Unterscheidung nicht hatten und weiterhin Osterhasen verkauften. Haben sich die Grossverteiler vielleicht eher bemüht, die Produkte auch derjenigen Kundschaft verkaufen zu können, die nicht Ostern feiert? Wobei feiern, das geht ja schon, also ein paar freie Tage geniessen. Vermutlich gäbe es weniger Kirchenaustritte, wenn an Ostern, Pfingsten und Weihnachten nur der Arbeit fernbleiben dürfte, wer Mitglied in einer christlichen Kirche ist. Erklären zu müssen, was an Pfingsten gefeiert wird, um dann frei zu erhalten, wäre schon ein bisschen viel verlangt. Ein Gläschen oder zwei kann man sich an diesem arbeitsfreien Tag auch so genehmigen. Schliesslich hat Jesus Wasser in Wein und nicht in Lindenblütentee verwandelt. Oder wird Pfingsten aus einem anderen Grund gefeiert? Man weiss es nicht so genau.

Die Grossverteiler, die das Wort Ostern scheuen, hatten übrigens keine Probleme damit, im vergangenen Monat Ramadan-Artikel zu verkaufen, die auch so benannt waren. So erfreute sich ein Ramadan-Kalender grosser Beliebtheit. Eventuell müsste man einmal darauf aufmerksam machen, dass es der Ordnung im Warensystem zuträglich wäre, den Ramadan-Kalender in «Erst-nach-Sonnenuntergang-essen-Kalender» umzubenennen. Das wäre dann sicher auch ein Verkaufsschlager für Kunden ohne muslimischen Glauben. Ein Grossverteiler, der in seinem Wochenmagazin Gendersternchen verwendet, hat mit Anbiederung ja bereits beste Erfahrung.

Hoffentlich haben Sie Ihre bemalten Ostereier genossen, denn schon im nächsten Jahr heissen diese vielleicht Frühlingseier. Aber regen wir uns nun nicht noch länger darüber auf und lassen wir die Kirche im Dorf. Ja, natürlich, die Moschee auch.

AUS DEM KLOTENER GEMEINDERAT

Wohnungsbau ist nicht links – ideologische Blockade statt pragmatischer Lösungen

Wohnraum ist in der Schweiz ein knappes Gut. Die Nachfrage steigt kontinuierlich – befeuert durch Zuwanderung, Individualisierung und gesellschaftlichen Wandel. Doch anstatt diese Herausforderung entschlossen anzupacken, bremst der Staat, unterstützt von linken Parteien, den Wohnungsbau systematisch aus.

Marco Brunner
Gemeinderat und Fraktionspräsident SVP Kloten

2010 betrug die durchschnittliche Dauer bis zur Baubewilligung 84 Tage – heute sind es schweizweit 140. In Zürich dauert es 170, in Basel 190 und in Genf gar 500 Tage. In Kloten hingegen können wir auf eine leistungsfähige Bauverwaltung zählen, die effiziente Prozesse und eine rege Bautätigkeit ermöglicht – im Gegensatz zur Bauverhinderungsstrategie von SP und Grünen.

Arealüberbauung Hamelirainstrasse

Ein aktuelles Beispiel linker Blockadepolitik ist die geplante Arealüberbauung an der Hamelirainstrasse. Um die erforderliche Mindestfläche von 3000 m² für eine Arealüberbauung zu erreichen, hat der Stadtrat ein 10 m² grosses Strassenstück an eine Immobilienfirma übertragen. So entsteht nicht nur zusätzlicher Wohnraum – die Stadt kann auch aktiv die Gestaltung beeinflussen und hohe Qualitätsstandards einfordern.

Doch was macht die SP? Sie unterstellt dem Stadtrat in einer Interpellation, er hätte Land verschenkt, um Investoren höhere Renditen zu ermöglichen – völlig unbegründet und fernab jeder Realität. Wieder einmal zeigt sich: Ideologie steht bei der SP über dem Interesse der Bevölkerung. Die eigentlichen Preistreiber – Überregulierung und Zuwanderung – werden ausgeblendet.

Auch beim Projekt «Claudunum» zeigt sich die linke Verhinderungstaktik. Auf dem heutigen Parkplatz beim Bahnhof Kloten Süd sollen 147 Wohnungen entstehen, viele davon im Kostenmietenmodell. Doch die SP fordert, dass ausschliesslich eine Baugenossenschaft bauen darf und nur gemeinnützige Wohnungen entstehen – andernfalls droht sie mit dem Referendum. Solch weltfremde Forderungen gefährden das Projekt und zeigen: Die Linke handelt nicht lösungsorientiert, sondern ideologisch.

In Kloten kann die Bevölkerung auf eine leistungsfähige Bauverwaltung zählen, die effiziente Prozesse und eine rege Bautätigkeit ermöglicht. Bild: Wikimedia

Altersgerechter Wohnraum – es geht auch anders

Ein Gegenbeispiel liefert die SVP: Seit Kurt Hottinger das Ressort Alter übernommen hat, wird der Ausbau von altersgerechtem Wohnraum intensiv gefördert. Mit dem Projekt «Wohnen Plus» entstehen Wohnungen, die auch bei steigendem Pflegebedarf ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Die Stadt arbeitet hier mit Genossenschaften zusammen und plant auch den Kauf eines Neubaus in bester Lage, um ein durchmischtes Wohnangebot für alle Einkommensstufen zu schaffen.

Doch auch hier bremsen linksgrüne Auflagen wie Heimatschutz oder überzogene Nachhaltigkeitsanforderungen viele Projekte aus – und verzögern wichtige Lösungen für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Wer heute den Wohnungsbau verhindert, verschärft die Wohnungsnot von morgen. Linke Ideologie ersetzt keine Lösungen – im Gegenteil: Sie treibt die Mieten hoch, blockiert Fortschritt und lässt Familien, Rentnerinnen und junge Menschen im Regen stehen. Kloten zeigt, dass es auch anders geht. Jetzt braucht es den Mut, ideologiefreie Politik zu machen – für mehr Wohnraum statt mehr Vorschriften.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP DÜBENDORF

André Ingold und Tanja Lips kandidieren für den Dübendorfer Stadtrat

An der Parteiversammlung der SVP vom 16. April 2025 galt es, die Kandidaturen für die Stadtratswahlen 2026 zu bestimmen. Nominiert wurden André Ingold und Tanja Lips.

André Ingold (geb. 6. März 1968) stellt sich zur Wiederwahl als Stadtpräsident. Er ist in Dübendorf geboren und aufgewachsen. 2006 wurde er in den Stadtrat gewählt und seit 2018 amtet er als Stadtpräsident in der viertgrössten Stadt im Kanton. Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Söhnen aus erster Ehe.

Ingold ist Vorsitzender der Geschäftsleitung bei der BW Generalbau AG in Winterthur. Zuvor war er als stellvertretender Geschäftsführer und Spartenleiter Generalunternehmung in regionalen und internationalen Firmen tätig.

Ingold war neun Jahre Präsident der Stadtmusik Dübendorf und jahrelanger OK-Präsident des Dorffäschts Dübendorf. Von 2001 bis 2006 politisierte er im Gemeinderat und war Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK). Ebenfalls führte er als Verwaltungsratspräsident von 2009 bis 2018 die Sport- und Freizeitanlagen Dübendorf AG (SFD). Seit 2021 steht er dem bekannten Wirtschaftsnetzwerk Flughafenregion Zürich (FRZ) als Präsident vor.

Tanja Lips neu in die Exekutive

Tanja Lips (geb. 18. Juni 1975) stellt sich zur Wahl. Sie ist gebürtige Dübendorferin und im Flugfeld-Quartier aufgewachsen. Von 2019 bis 2022 war sie Mitglied des Gemeinderates und der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (KRL). Seither ist sie Mitglied der Sozialkommission Dübendorf.

Lips ist seit über 13 Jahren in verschiedensten Funktionen in der öffentlichen Verwaltung tätig. Zuerst in der Militärverwaltung des Kantons Zürich und seit April 2023 in der Organisationseinheit Kommando Operationen-Heer mit Standort in Bern.

Bevor sie entschied, zur kantonalen Verwaltung zu wechseln, war sie insgesamt neun Jahre als Zeitmilitär, unter anderem auf dem Waffenplatz Dübendorf, tätig. Zwischen 2006 und 2019 absolvierte sie verschiedene Führungsausbildungen in der Armee und Ausbildungen im Bereich Führung und Public Management an der ZHAW Winterthur.

Lips leistet aktiv Militärdienst im Grad eines Obersten im Heeresstab und setzt sich für eine starke und glaubwürdige Schweizer Armee ein. Seit diesem Frühjahr ist sie Vorstandsmitglied im Quartierverein Gfenn und seit September 2021 engagiert sie sich im Vorstand der SVP Dübendorf.

Die SVP Dübendorf freut sich, mit André Ingold (bisher) und Tanja Lips (neu) zwei starke Kandidaturen ankündigen zu dürfen.

Die SVP Dübendorf tritt mit einem Zweierticket zu den Stadtratswahlen an. Bilder: SVP Dübendorf

LESERBRIEF

Donald Trump und seine Motivation

Zuerst einmal ist bodenständig Folgendes zu sagen: Jegliche Einschätzung, wie die Politik Trumps einzuschätzen ist, beruht auf einer mehr oder minder zutreffenden Spekulationsanalyse. Keiner kann wirklich abschliessend wissen, was Trump wirklich denkt und warum er handelt, wie er handelt. Auch deshalb, weil das Hin und Her und diese Unberechenbarkeit wohl eine bewusste Taktik des Präsidenten sind. Darum kann jeder Bericht nur verstanden werden als mögliche Erklärung eines Ansatzes.

Nun zum oft gehörten Vorwurf, Trump sei irre, geistig verwirrt, hätte Demenz oder Ähnliches: Man muss wohl davon ausgehen, dass dies am allerwenigsten zutrifft. Mag sein, dass er angesichts seines Alters Beeinträchtigungen hat. Aber im Sinne, dass er nicht weiss, was er tut, das ist wohl auszuschliessen. Gerade diese unglaubliche Unberechenbarkeit ist wohl eher seine Taktik, seine Politik. Niemand soll wirklich wissen, was er will, niemand soll sich sicher fühlen. Man soll nach seinem Willen tanzen, umsetzen, was er möchte. Das ist ein Machtspiel. Sein Machtspiel, um seinen Willen durchzubringen. Erfolgreich? Nun, offensichtlich hat er es mit dieser Art ja zweimal geschafft, das amerikanische Volk zu überzeugen, und schafft es, die Welt in Atem zu halten; schafft es, dass zumindest zum Teil die Länder einknicken. Auch wenn es für ihn wohl selbst überraschend ist, dass der Plan nicht so perfekt aufzugehen scheint, wie er es wohl möchte. Unter dem Strich weiss er, was er tut; irre oder etwas in dieser Richtung ist er wohl kaum.

Nun mag man sich fragen: Was hat es mit seinen Zöllen auf sich? Wenn man ihm genau zuhört, was jedoch gerade Europa nicht tut, weiss man, wie es zu verstehen ist. Er hat dem Volk versprochen, Amerika wieder gross zu machen, ein neues goldenes Zeitalter zurückzubringen. Er macht etwas, was gerade europäische Politiker aktuell, besonders die Europäische Union in Deutschland, nicht mehr kann: Wahlversprechen umsetzen. Seine Meinung ist, mit den Zöllen wieder mehr Firmen nach Amerika zu holen, Arbeitsplätze zu schaffen, Wohlstand zurückzubringen. Jenen Wohlstand, der wegen der Deindustrialisierung zum Beispiel nach China verloren gegangen ist. Ist das regulär? Gegenfrage: Ist es regulär, dass ein Präsident nicht auf sein Land schaut? Wir haben eine Zeit der Globalisierung hinter uns. Globalisierung beinhaltet jedoch, dass es nicht mehr um das eigene Land und das Volk geht, sondern um das Internationale. Man kann keine Globalisierung machen und das eigene Volk im Fokus haben, denn das ist ein Widerspruch. Genau diesen Widerspruch will ein Donald Trump nicht mehr leben, er macht Politik für Amerika und nicht mehr für die Welt!

Die eine Frage allerdings ist: Geht die Rechnung auf? Fakt ist: Trump fährt mit dieser Strategie der Entglobalisierung und der «Amerika zuerst»-Parole höchstes Risiko, eine Art «Alles oder nichts»-Strategie. Geht diese auf, kann er seine Versprechen umsetzen und Amerika erlebt wieder ein neues, goldenes Zeitalter. Scheitert er, wird es Amerika sehr viel schlechter gehen… und der Welt wahrscheinlich auch. Nur sagt er sich offensichtlich: So wie es jetzt ist, kann es nicht mehr weitergehen. Während Europa den Entwicklungen nur zuschaut, statt zu gestalten, handelt Amerika unter Trump. Jeder kann sich selbst ein Bild machen, was wohl besser ist.

Abgesehen davon möchte ich noch eine Möglichkeit aufgreifen, die wohl die Meisten als «Verschwörungstheorie» bezeichnen würden, die jedoch Beachtung finden muss. Was, wenn vielleicht auch eine Strategie dahinter stecken könnte, im Sinne von alles kaputt machen, um auf den Trümmern eine neue Weltordnung aufzubauen? Absurd? Man darf überlegen: Nach dem 2. Weltkrieg war Europa kaputt, darauf entstand das Imperium USA. Ein so kometenhafter Aufstieg wäre wohl kaum möglich gewesen, wäre Europa nicht am Boden gewesen. Ergo: Eine neue Weltordnung kann besonders gut auf zerstörter Erde aufgebaut werden.

Zuletzt: Trump wendet sich von Europa ab. Er wendet sich ab, weil Staaten keine Freunde haben, sondern nur Interessen. Bis jetzt war Europa interessant für Amerika wegen der Sowjetunion respektive Russland. Am Horizont erschien nun ein wesentlich interessanterer «Gegner», nämlich China und der asiatische Raum. Amerika hat verstanden, dass sich dort entscheidet, wer zukünftig Weltmacht ist oder die Ordnung bestimmt. Daher ist Europa für Amerika nicht mehr wirklich interessant und im Prinzip beinahe egal, was Russland noch betreibt – vor allem in Europa.

Angesichts all dieser Gegebenheiten sollte Europa endlich verstehen, was Sache ist. Europa muss seinen Platz in dieser neuen Situation finden. Europa muss akzeptieren, gestalten und eigene Stärken finden und diese erfolgreich positionieren. Doch momentan geschieht das pure Gegenteil. Wenn es so weitergeht, wird Europa in zehn bis zwanzig Jahren nur noch eines sein: Der grosse Verlierer der neuen Zeit, der unwichtigste, unbedeutendste und ärmste Kontinent und Teil der Welt und von allen überholt.

Michael Schulze,
Winterthur

SVP WEININGEN

Stamm der SVP Weiningen

Zum Stamm am Dienstag, 8. April 2025, versammelten sich 25 Mitglieder der Ortspartei im Schulhaus Schlüechti.

Präsident Roman Fleisch eröffnete um 19 Uhr mit der Begrüssung der Mitglieder und der Referenten, Kantonsrat Rochus Burtscher und Gemeindepräsident Mario Okle, die Versammlung. Rochus Burtscher, der uns genauere Infos zur Steuervorlage erteilte, zeigte uns mit seiner Präsentation eindrücklich auf, wie es anderen Kantonen zugutekam, die Steuern nicht zu erhöhen, sondern sogar zu senken. Er betonte, wie wichtig es sei, die Firmen hierzubehalten. Auch die Versuchung der Steuerhinterziehung wäre geringer, wenn man nicht immer mehr bezahlen müsse. Daher appellierte er dazu, bei der nächsten Abstimmung am 18. Mai 2025 JA zu stimmen.

Mario Okle brachte uns auf den neusten Stand, was das Thema Weiher betrifft. Leider komme man dort nur schleppend voran, da man keine klaren Antworten oder Vorschläge erhielte.

Präsident Roman Fleisch verdankte die beiden Referenten mit Präsenten aus dem Dorf und stellte uns die Mitglieder der Wahlkommission für die Wahlen 2026 vor. Auch machte er auf die alljährliche SVP-Reise aufmerksam, die dieses Jahr im Mai stattfindet. Unser Ziel ist die Salzsaline in Basel mit Mittagessen auf dem Bauernhof und Falkenflug.

Bei Wurst, Brot und Getränken liessen wir den Abend ausklingen.

Jasmin Jenny,
Vorstand SVP Weiningen

Kantonsrat Rochus Burtscher zeigte den Anwesenden auf, weshalb es ein JA zur Steuervorlage am 18. Mai braucht. Bild: SVP Weiningen

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Ein Anlass der Allianz für einen starken Standort Zürich

PODIUMSDISKUSSION ZUR STEUERVORLAGE 17

STEUERVORLAGE JA 18. MAI

PRO-ARGUMENTATION
SVP-Kantonsrat & Präsident Bezirk Pfäffikon: **Paul von Euw**
FDP-Kantonsrat: **Andreas Juchli**

Paul von Euw

Andreas Juchli

DATUM: 06.05.2025, Podium ab 19.15 Uhr
ORT: Heiget Huus, Schulhausstrasse 22, 8320 Fehraltorf

KONTRA-ARGUMENTATION
Grüne-Kantonsrat & Präsident Bezirk Pfäffikon: **Urs Dietschi**
SP-Stadtparlamentarier Illnau-Effretikon: **Morskoi Maxim**

Urs Dietschi

Morskoi Maxim

MODERATION: Ehemaliger Chefredaktor ZO Medien, **Christian Brändli**

LESERBRIEF

Förderklassen ergänzen das integrierte Schulsystem

Ein bis sechs Schüler pro Klasse würden sich während einer Unterrichtslektion öfters auffällig oder störend verhalten, war kürzlich im Zürcher Oberländer zu lesen. Sie müssten eigentlich zeitweise 1:1 betreut werden, um sie wieder in richtige Bahnen lenken zu können. Diese Aussage machte die Präsidentin des Zürcher Lehrerverbands im Rahmen eines Interviews über die Einführung von Förderklassen.

Die grosse Zahl von Schülern mit intensivem Betreuungsaufwand macht stutzig. Was ist nur mit unserer Volksschule los, dass konzentriertes Lernen in manchen Klassen so schwierig geworden ist? Sicher stark ins Gewicht fällt, dass die Erwartungen an das individualisierte Lernen gewaltig gestiegen sind. Lehrpersonen sollen bitte massgeschneiderte Bildungswege für jedes einzelne Kind finden und individuelle Bildungsziele festlegen. Dieses Lernkonzept hört sich zwar vielversprechend an, vermindert aber die Anpassungsleistungen der einzelnen Schüler an stabilisierende gemeinsame Normen im Klassenunterricht. Manche Kinder werden fordernder und ungeduldiger. Nicht geeignet für die Führung quirliger Klassen ist dabei auch ein als fortschrittlich geltendes Rollenbild, das Lehrkräfte als zurückhaltende Lernbegleiter und erst in zweiter Linie als Führungspersonen sieht.

Förderklassen sind nicht dazu da, den Grossteil der teils hausgemachten Schwierigkeiten unserer Volksschule aufzufangen. Der überladene Lehrplan, das belastende Frühsprachenkonzept und unsinnig hohe Ansprüche an das Individualisieren erschweren eine Konzentration auf ein übersichtliches Bildungs-Kernprogramm. Diese Fehlentwicklungen sorgen für viel Hektik und Unruhe in den Klassen. Es gilt deshalb, parallel zur Einrichtung von Förderklassen, bei den genannten Baustellen gründlich aufzuräumen.

Die meisten verhaltensauffälligen Schüler benötigen keine separative Förderung. Time-out-Lösungen mit Schulinseln können einiges abdecken. Doch es gibt leider die wirklich happigen Fälle mit einem erheblichen Störpotenzial. Solche Schüler können ganze Klassen durcheinanderbringen. Diese «Systemsprenger» benötigen eine intensive Betreuung in einer Kleinklasse durch eine Lehrperson mit anerkannten heilpädagogischen Fähigkeiten.

Förderklassen sind eine nötige Ergänzung in einem integrierenden Schulsystem. Sie verhindern, dass Regelklassen völlig aus dem Ruder laufen und nur noch durch teure, externe Sonderschulungen stabilisiert werden können. Mit dem Ja des Kantonsrates zugunsten von Förderklassen sind die richtigen Schritte eingeleitet worden.

Hanspeter Amstutz,
Fehraltorf

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 7. Mai 2025, 19.00 Uhr, Polit-Dinner, Restaurant Bahnhof, Alte Andelfingerstrasse 2, Henggart, mit Kantonsrat Paul Mayer. Essen auf Kosten der Teilnehmer. Anmeldung bis 4. Mai 2025 (mit Wahl Fleisch oder Vegi) unter ycaspar@sunrise.ch.

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Dienstag, 29. April 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage, Löwensaal, Landstrasse 38, Andelfingen, mit den Kantonsräten Marc Bochsler und Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Samstag, 10. Mai 2025, 10.00 Uhr, SVP-Stand, Frühlingsmarkt, Stadel b. Niederglatt, mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Bezirk Hinwil/Dürnten
Dienstag, 6. Mai 2025, 19.30 Uhr, Generalversammlung SVP Dürnten mit Referat a. Bundesrat Ueli Maurer, Restaurant Hasenstrick, Höhenstrasse 15, Dürnten.

Bezirk Kloten/Glattfelden
Mittwoch, 7. Mai 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Restaurant Löwen (Gsellig Pub), Dorfstrasse 105, Glattfelden, mit Kantonsrat Christian Pfaller.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Freitag, 9. Mai 2025, 20.30 Uhr, Referat «Aktuelle Sicherheitslage», im Anschluss an die Generalversammlung, Landgasthof Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Bezirk Pfäffikon/Fehraltorf
Dienstag, 6. Mai 2025, 19.15 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Heiget Huus, Schulhausstrasse 22, Fehraltorf, mit Kantonsrat Paul von Euw.

Bezirk Uster/Dübendorf
Samstag, 26. April 2025, 09.30 – 11.45 Uhr, Standaktion, vor dem City Center, Dübendorf.

Donnerstag, 8. Mai 2025, 19.15 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Obere Mühle, Oberdorfstrasse 15, Dübendorf, mit Kantonsrat Patrick Walder.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.30 – 11.45 Uhr, Standaktion, vor dem City Center, Dübendorf.

Bezirk Uster/Uster
Dienstag, 6. Mai 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Zeughausareal Uster, Raum 1, mit Kantonsrätin Anita Borer.

Bezirk Winterthur/Neftenbach
Samstag, 10. Mai 2025, 10.00 – 14.00 Uhr, Grill-Event, Gemeindehausplatz, Neftenbach.

Stadt Zürich/Kreis 3
Dienstag, 13. Mai 2025, 18.30 Uhr, Podium «Entwicklungshilfe – Wie weiter?», Reformiertes Kirchgemeindehaus Wiedikon, Bühlstrasse 11, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 10. Mai 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 26. April 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 9. Mai 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glatttalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 17. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 26. April 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendinger-Platz (vor der Migros), Zürich-Schwamendingen.

Samstag, 3. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendinger-Platz (vor der Migros), Zürich-Schwamendingen.

Dienstag, 6. Mai 2025, 19.00 Uhr, Stammtisch, Schwamendingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich-Schwamendingen.

Samstag, 10. Mai 2025, 10.00 – 13.00 Uhr, Standaktion im Rahmen des Eröffnungsfestes «Überlandpark» Einhausung Schwamendingen, Zürich-Schwamendingen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 10. Juli 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Lokalität noch offen, Küsnacht.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiessen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. www.svp-schiessen.ch

Jetzt anmelden !

Zum Alträte-Treffen

am Dienstag, 20. Mai 2025

Ab 9.45 Uhr bis ca. 15.00 Uhr

*Die Anmeldung erfolgt durch Einzahlung von **mind. Fr. 60.- (alles inkl.)** auf das SVP-Konto mit dem Vermerk „Ehemalige"*

*Mit der **Einzahlung bis spätestens Mittwoch, 30. April 2025** ist man angemeldet.*

***Fragen an:** Theres Weber-Gachnang, Telefon: 079 433 14 78, t.f.weber@bluewin.ch*

Ein Anlass der Allianz für einen starken Standort Zürich

PODIUMSDISKUSSION ZUR STEUERVORLAGE 17

PRO-ARGUMENTATION
SVP-Kantonsrätin & Präsidentin des Gewerbeverbands Uster: **Anita Borer**
FDP-Stadtrat Uster: **Cla Famos**

Anita Borer

Cla Famos

DATUM: Dienstag, 06.05.2025, Podium ab 19 Uhr
ORT: Zeughausareal Uster, Raum 1

KONTRA-ARGUMENTATION
SP-Kantonsrat: **Harry Brandenberger**
SP-Kantonsrätin: **Birgit Tognella-Geertsen**

Harry Brandenberger

Birgit Tognella-Geertsen

MODERATION: Chefredaktor Zürcher Oberland Medien: **Michael Kaspar**

Ein Anlass der Allianz für einen starken Standort Zürich

PODIUMSDISKUSSION ZUR STEUERVORLAGE 17

PRO-ARGUMENTATION
glp-Kantonsrätin: **Cristina Cortellini**
SVP-Kantonsrat & Gemeindepräsident von Bassersdorf: **Christian Pfaller**

Cristina Cortellini

Christian Pfaller

DATUM: Mittwoch, 07.05.2025, Podium ab 19.00 Uhr
ORT: Restaurant Löwen (Gsellig Pub), Dorfstrasse 105, 8192 Glattfelden

KONTRA-ARGUMENTATION
SP-Kantonsrat: **Christoph Fischbach**
Grüne-Kantonsrätin: **Jasmin Pokerschnig**

Christoph Fischbach

Jasmin Pokerschnig

MODERATION: Freischaffende Journalistin, **Ruth Hafner**